

Deng, Chih-Hsiung

**Article — Digitized Version**

## Holzeinschlag und Wiederaufforstung in der Bundesrepublik

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Deng, Chih-Hsiung (1955) : Holzeinschlag und Wiederaufforstung in der Bundesrepublik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 35, Iss. 7, pp. 389-392

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132114>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## Holzeinschlag und Wiederaufforstung in der Bundesrepublik

Dr. DENG Chih-Hsiung, Reinbek

Der Wald ist mehr als nur eine wichtige Rohstoffquelle für die Wirtschaft; er hat nicht nur eine wirtschaftlich produktive, sondern auch eine protektive, wohlfahrtswirkende, also überwirtschaftliche Funktion. Er reguliert das Klima, insbesondere den Wasserhaushalt, und schützt vor Erosionen. Er sichert damit die nachhaltige Bodenkraft und ernährt die Landwirtschaft, wie diese die Bevölkerung ernährt. Er ist ein bedeutender Teil der Landwirtschaft. Volkskultur und Volksgesundheit werden vom Wald gefördert. Ein chinesischer Spruch sagt: Schan tsing, schui siu, jen djä, di lin, zu deutsch: Wenn Berg grün, dann Wasser klar, dann Muttererde beseelt und gesund, und der Mensch dort wird in jeder Hinsicht auf das Vorteilhafteste beeinflusst!

### PERIODE DES RAUBBAUS

Um seine Funktion erfüllen zu können, muß der Wald erhalten bleiben oder dynamisch nachhaltig bewirtschaftet werden: es muß die bestmögliche Versorgung mit dem Roh- und Werkstoff Holz für die Bedarfsdeckung der Volkswirtschaft auf lange Sicht erreicht werden, ohne das Kapital — den Holzvorrat — und die Bodenkraft zu schmälern, geschweige denn zu schädigen, d. h. die Versorgung darf nur aus dem jährlich abfallenden Zins — dem Zuwachs — erfolgen. Dieses Nachhaltigkeitsprinzip war in Deutschland durch Holznot etwa ab 1875 zu einem Kardinalgrundsatz der Forstwirtschaft geworden, der dann aber durch die 150%ige (allerdings noch planmäßige) Nutzung des deutschen Waldes von 1934 bis zum Zusammenbruch sowie vor allem durch die Exploitationspolitik, insbesondere Direktoperationen, der Besatzungsmächte nach dem zweiten Weltkrieg unterbrochen wurde. Durch die Einsparung der Devisen für eine entsprechende Holzeinfuhr (1934/39) und durch den gewaltigen Holzbedarf der Kriegsindustrie (1939/45) wurde dem deutschen Wald im Dritten Reich im Durchschnitt 45% mehr Holz entnommen, als der zulässige Hiebsatz betrug; jedoch sind dabei nur wenig Kahlfelder entstanden, da der erhöhte Holzbedarf weitgehend durch verstärkte Durchforstung gedeckt wurde. Nach dem Kriege wurde durch ausgehende Überhiebe und Kahlschläge Raubbau am deutschen Wald getrieben — durch die ungeheuren Holzanforderungen der Besatzungsmächte für ihren Truppenbedarf und für Exportlieferungen, durch den Wiederaufbau aller Wirtschaftszweige und der zerstörten Städte sowie durch Mangel an Hausbrand (Brennholzaktionen). Auch durch den Anreiz hoher Holzpreise (Schwarzmarkt!) nach der Währungsreform wurden

die Kahlliebe mitverursacht, insbesondere im Privatwald. Am schlimmsten wurde der Raubbau in den am verkehrsgünstigsten gelegenen Beständen getrieben, eine Folge der Finanzschwierigkeiten, des Mangels an Fachkräften und Transportmitteln, des schlechten Ernährungszustandes der Arbeiter und kurzfristiger Liefertermine.

Das Kapital (der Holzvorrat) wurde auf diese Weise unsachgemäß verschwendet, der Zins (der Zuwachs) dadurch geschmälert und das Waldgefüge, vor allem die Zusammensetzung der Bestände, gestört. Am meisten wurden die Wälder in der sowjetischen und der britischen Besatzungszone kahlgeschlagen, am wenigsten in der amerikanischen. So betrug die Kahlschlagfläche am Ende des Forstwirtschaftsjahres <sup>1)</sup> 1947

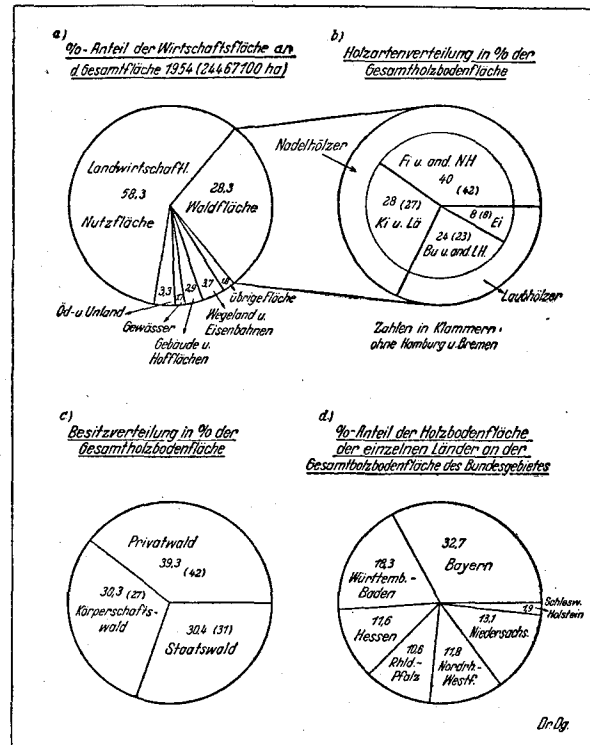


Abb. 1

in der sowjetischen Zone rd. 13%, in der britischen 12%, in der amerikanischen 4% und in der französischen Zone 5% der jeweiligen Holzbodenfläche, im westdeutschen Durchschnitt 6,8% (s. Abb. 4), während der normale Kahlfelderstand nur 1% der Holzbodenfläche beträgt. Am schlimmsten war der Berliner Wald zerstört. Dort betrug der Kahlfelderstand am

Anmerkung: Die statistischen Angaben im Text stützen sich weitgehend auf Unterlagen des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

<sup>1)</sup> Das Forstwirtschaftsjahr umfaßt die Zeit vom 1. Oktober des vorhergehenden Jahres bis zum 30. September des genannten Jahres.

Ende des Krieges 42,3 % (3 300 ha) des Westberliner Waldes (7 800 ha). Im Bundesgebiet war der Staatswald am schwersten betroffen mit 8,4 % Kahlfläche seiner Holzbodenfläche noch am Ende des Forstwirtschaftsjahres 1948, der Nicht-Staatswald (Körperschafts- und Privatwald) dagegen mit nur 5,6 %, da der Staatswald bei Umlagen und Zwangsexporten kräftiger erfaßt wurde. Nach Angaben des Forstwirtschaftsjahres betrug die Kahlschlagfläche am 1. 10. 48 im Bundesgebiet insgesamt noch 436 000 ha (6,4 %) der Gesamtholzbodenfläche (s. Abb. 4). Von den Ländern war Niedersachsen mit 16,3 % seiner Holzbodenfläche am stärksten in Mitleidenschaft gezogen, gefolgt von Nordrhein-Westfalen mit 10,4 %, Schleswig-Holstein mit 8,4 %, Rheinland-Pfalz mit 6,3 %, Bayern mit 4,7 %, Württemberg-Hohenzollern, Baden und Hessen mit je 2,5 %.

### HOLZAUFKOMMEN

Wenn man den Holzeinschlag der Nachkriegszeit näher betrachtet, so stellt man fest, daß der Eingriff in den westdeutschen Wald nach mengenmäßiger Holzentnahme im Forstwirtschaftsjahr 1947 am schwersten war. So betrug die Übernutzung in jenem Jahr 140 % des zulässigen Hiebsatzes und 154 % des laufen-

bzw. lag sogar um 2 % darunter (s. Abb. 3). Die Durchschnittsnutzung von 1946/53 betrug in Westdeutschland 183 % des durchschnittlichen zulässigen Hiebsatzes vom Long-Term-Plan; allerdings war dieser

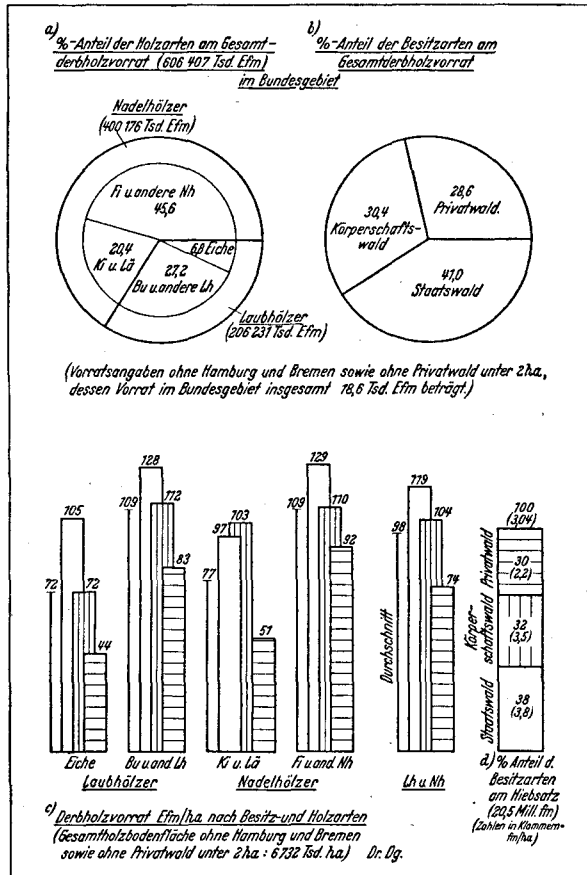


Abb. 2

den jährlichen Zuwachses, d. h. doppelt soviel wie die Durchschnittsübernutzung im Dritten Reich. Ab 1947 wurde der Holzeinschlag in Westdeutschland immer stärker herabgesetzt und wurde schon im Jahre 1953 auf die Höhe des normalen Zuwachses zurückgeführt

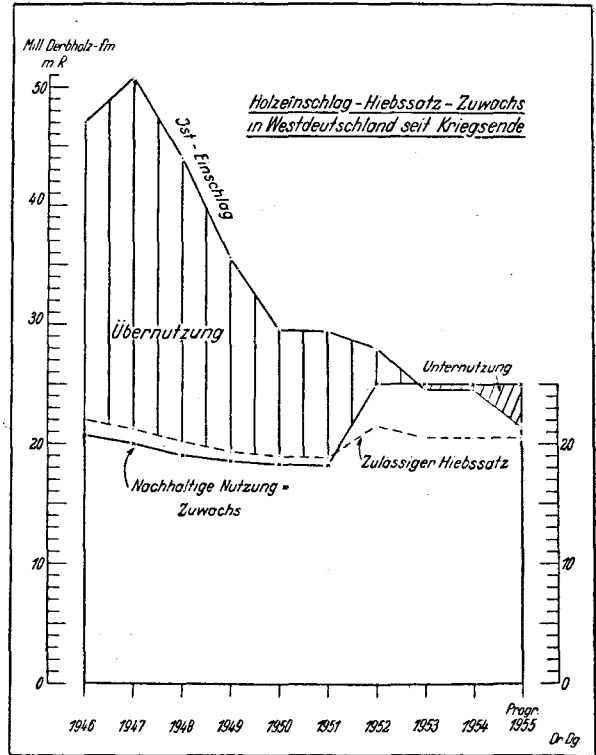


Abb. 3

Satz vor allem wegen der Furcht vor der Waldzerstörung durch Zwangsumlagen und Exploitationen bewußt niedrig gehalten worden und konnte nicht eingehalten werden. Auf Grund neuester Ermittlungen beträgt der laufende jährliche Zuwachs im westdeutschen Wald 25 Mill. fm (3,6 fm/ha). Hiernach entsprach die durchschnittliche Nutzung im Bundesgebiet etwa der im Dritten Reich. Um den in den Jahren zwischen 1934 und 1952 kapitalverarmten Wald (in Westdeutschland um ein Drittel, in Mittelddeutschland um zwei Drittel!) allmählich wieder auf den normalen Stand bringen zu können, darf der jährlich anfallende Zuwachs nicht voll verbraucht werden. Deshalb ist der Nachhaltigkeitshiebsatz für das Bundesgebiet vorerst nur auf 20,5 Mill. fm (3,0 fm/ha) festgelegt worden (das sind immerhin noch 9 % mehr als der im Jahre 1948 veranschlagte Satz). Dieser neue Hiebsatz wurde zwar bisher wegen des steigenden Holzbedarfs durch den Bevölkerungszuwachs und durch die fortschreitende industrielle Entwicklung überschritten, lag aber tatsächlich unter dem Zuwachs (s. Abb. 3). Das Einschlagsprogramm für das Forstwirtschaftsjahr 1955, das um 4,4 % über dem neuen Hiebsatz liegt, wurde schon nach 7 Monaten erfüllt und um rund 1 % (21,6 Mill. fm) überschritten. Der Einschlag ging also von 1947 bis 1954 zunächst sehr stark, dann langsam zurück, und zwar im Jahre 1950 um rd. 42 % und im Jahre 1954 um weitere 10 % von 1947 (= 100). (Vergleiche dazu die Tabelle im statistischen Teil dieses Heftes, S. 413.)

Sortenmäßig haben sich in der Nutzung große Wandlungen ergeben: Der Brennholzanteil ging infolge der besseren Verwertung des Roh- und Werkstoffes Holz von rd. 50 % auf 25 % zugunsten des Nutzholzes zurück. Ein Brennholzanteil von 50 % an der Gesamtholzerzeugung entspricht dem Stand in Deutschland um 1900, d. h. die Nachkriegsforstwirtschaft bis 1947 war um 50 Jahre zurückgeworfen worden. Man hätte mit der in einem Winter (1946/47) allein in der Stadt München verfeuerten Nutzholzmenge mehr als 26 000 fliegergeschädigte Wohnungen ausbauen können. Mit 4 Mill. fm Bauholz, die im Winter allein in Bayern frisch in die Ofen wanderten und deren Heizwert bei weitem nicht ausgenutzt wurde, hätte man 133 000 Dachstühle (zu je 30 fm) oder 600 000 Dreizimmereinrichtungen anfertigen können. Der jetzige Brennholzanteil an der Gesamtholzerzeugung im Bundesgebiet liegt zwar noch weit höher als der nordamerikanische Durchschnitt (13,7 %) im Jahre 1953, ist jedoch weit geringer als der europäische (38,5 %), der lateinamerikanische (88,3 %) und der afrikanische (92,6 %) Durchschnitt im Jahre 1953; ebenfalls weit niedriger als der in der UdSSR (42,5 %) und um rd. 3 % unter dem Durchschnitt von 1934/45 im Reichsgebiet. Der durchschnittliche Brennholzanteil von 1946/54 im Bundesgebiet lag jedoch noch um 7 % höher als der letzt-erwähnte Durchschnitt für Westdeutschland. Auf die verschiedenen Besitzarten verteilte sich der Einschlag in der Bundesrepublik im Forstwirtschaftsjahr 1954 wie folgt:

Besitzart	%-Anteil am Holzboden (Besitzgröße über 2 ha)	%-Anteil am Gesamteinschlag	%-Anteil des Brennholzes am Gesamteinschlag
Staatsforsten	33	36	24
Körperschaftsforsten	29	29	30
Privatforsten	38	35	21
Insgesamt	100	100	25

Hiernach ist der Anteil am Holzboden und am Gesamteinschlag im Körperschaftswald am kleinsten, sein Brennholzanteil am Gesamteinschlag aber am größten. Der Anteil der waldreichen und leistungshohen Länder Bayern und Württemberg-Baden (30 bzw. 25 %) an der Gesamtholzerzeugung macht zusammen etwas über die Hälfte, der der waldarmen Länder Schleswig-Holstein und Hamburg hingegen zusammen nur rd. 2 % aus.

Das Nutzholz spielt in der Wirtschaft seit jeher eine große Rolle, vor allem in der Bauwirtschaft. So werden im Bundesgebiet rd. 50 % des Nutzholzes in der Bauwirtschaft verbraucht (Hausbau 30 %, Bautischlerei 10 %, Hoch-, Tief- und Wasserbau ebenfalls 10 %), ferner vor allem in der Zellstoffindustrie (Faserholz rd. 20 %) und im Bergbau (Grubenholz rd. 13 %).

Der Gesamtholzbedarf im Bundesgebiet (Eigenerzeugung und Einfuhr) beträgt rd. 35 Mill. fm; davon werden in Westdeutschland rd. 34 Mill. fm verbraucht, das sind 0,7 fm je Einwohner. Die westdeutsche Verbrauchsziffer liegt somit weit unter dem durchschnittlichen Rundholzverbrauch von 1949/53 je Einwohner in Nord- und Mittelamerika (2,12 fm) und in der UdSSR (1,90 fm), etwas unter dem Weltdurchschnitt (0,75 fm) und ein wenig über dem europäischen Durch-

schnitt (0,65 fm). Um den Bedarf im Bundesgebiet decken zu können, muß der fehlende Holzbetrag — wegen des Rückgangs der Eigenerzeugung — durch Einfuhren ausgeglichen werden. Die Bundesrepublik ist heute nach Großbritannien das größte Holzimportland Europas. Die westdeutsche Nutzholzeinfuhr zeigt eine steigende Tendenz und hatte im vergangenen Jahr mit 9 Mill. fm im Wert von 758 Mill. DM einen Nachkriegsrekord zu verzeichnen. Damit ist die Holzeinfuhrmenge des Dritten Reiches fast erreicht.

#### WIEDERAUFFORSTUNG

Durch die Normalisierung des Holzeinschlags ist zwar der erste Schritt zur Sanierung des durch Raubbau geschädigten Waldes im Bundesgebiet getan, der jedoch allein zunächst nur die Verhütung weiterer Schäden bedeutet; die eigentliche Wiedergesundung des Waldes ist nur durch Wiederaufforstung zu erreichen. Die durch Raubbau entstandenen Kahlfelder sowie der dadurch an Holzvorrat verarmte Wald haben zwar noch keine Gefahr der Klimaänderung hervorgerufen, sind aber vielerorts schon mitverantwortlich für gewisse Schadensfolgen wie Erosionen, Lawinengefahr, Grundwassersenkung, Trinkwasserverunreinigung und verstärkte Spätfrostwirkung auf Jungwüchse auf Kahlschlag- und deren Nachbarflächen.

Die deutschen Forstleute sind sich der Gefahr weiterer schwerer Folgen voll bewußt, falls die Überhiebe nicht eingestellt und das Wiederaufforstungswerk

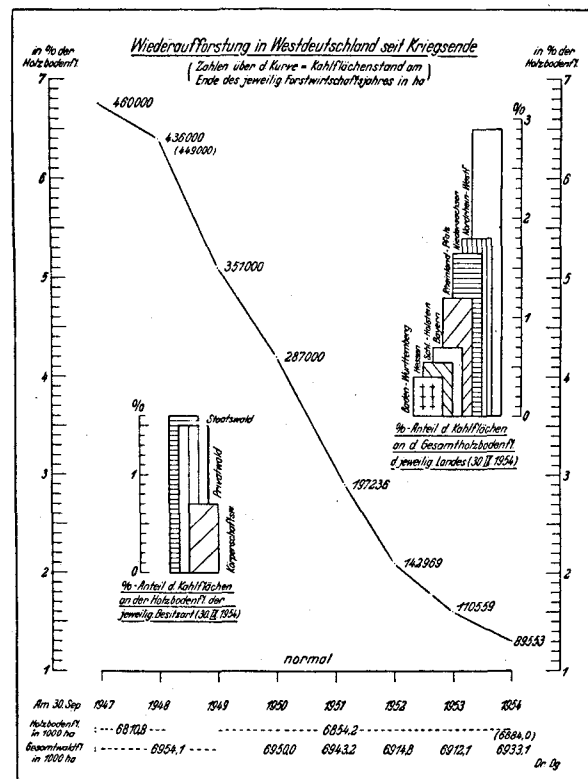


Abb. 4

nicht durchgeführt worden wäre; denn es gibt ja genug Beispiele für verhängnisvolle Katastrophen als Folge von Raubbau oder gar Vernichtung des Waldes, z. B. in Algerien, China, Italien, der UdSSR, den USA usw., wo gerade viele deutsche Fachkräfte an den

Sanierungsarbeiten mitgewirkt haben und teils noch mitwirken. Viele führende Forstleute der Welt betonen immer wieder die Dringlichkeit der Wiederaufforstung, die ein Weltproblem darstellt und daher auf internationaler Ebene angefaßt werden muß.

Unterstützt vor allem von der „Schutzgemeinschaft Deutscher Wald“ und vom „Deutschen Forstwirtschaftsrat“ machten sich die deutschen Forstleute in den zuständigen Forstverwaltungen trotz ungeheurer Schwierigkeiten mit voller Energie ans Wiederaufforstungswerk. So wurden die Kahlf lächen in Westdeutschland von 1947 bis 1950 durchschnittlich um jährlich 1,2 % und in den Jahren 1952, 1953 und 1954 weiter um 0,8 %, 0,5 % bzw. 0,3 % durch Wiederaufforstung vermindert, so daß der Kahlf lächenbestand in Westdeutschland am Ende des Forstwirtschaftsjahres 1954 mit 1,3 % fast den normalen Stand erreicht hatte (s. Abb. 4). Auch die West-Berliner Forstverwaltung ging nach der Beendigung der Blockade gemäß ihrem 8—10 jährigen General-Wiederaufforstungsplan mit aller Energie ans Werk, so daß die Kahlf lächen schon jetzt größtenteils wieder bestockt sind. Durch verschiedene Umstände und unterschiedliche Intensität der Wiederaufforstung in den einzelnen Bundesländern und bei unterschiedlichen Eigentumsverhältnissen ist der normale Kahlf lächenbestand im Bundesgebiet im letzten Forstwirtschaftsjahr noch nicht programmgemäß erreicht worden, wird aber sicherlich in diesem Jahr erreicht werden. Nach dem Kahlf lächenstand vom Ende des Forstwirtschaftsjahres 1954 haben die Länder Baden-Württemberg, Hessen und Schleswig-Holstein den normalen Stand unterschritten, Bayern hat ihn fast erreicht, während die übrigen noch dahinter zurückblieben, am meisten

Nordrhein-Westfalen mit noch fast 3 % (s. Abb. 4). Nach Besitzarten lagen die Kahlf lächen im Körperschaftswald unter dem normalen Stand, die übrigen noch um etwa 0,5 % darüber. Im Durchschnitt wurden im Bundesgebiet von 1947 bis 1954 jährlich rd. 53 000 ha Kahlf lächen wiederaufgeforstet; insgesamt sind seit 1945 im Bundesgebiet rd. 500 000 ha aufgeforstet worden. Ferner sind im Durchschnitt von 1949/54 jährlich rd. 40 000 ha Kahlf lächen, die durch neuen Einschlag entstanden waren, wieder kultiviert worden, dazu rd. 24 000 ha von den rd. 245 000 ha aufforstungsfähiger Ödlandflächen.<sup>2)</sup> Im letzten Forstwirtschaftsjahr allein wurden 8 200 ha Ödland im Bundesgebiet aufgeforstet, von denen rd. 2/3 in Niedersachsen lagen. Von den noch vorhandenen aufforstungsfähigen rd. 220 000 ha Ödlandflächen liegt die Hälfte im Land Bayern, 80 % befinden sich in Privatbesitz. Zur nachhaltigen Steigerung des deutschen Rohholzaufkommens, auch im Sinne der forstlichen Produktionssteigerung in Europa, und um den durch ständig zunehmende Bevölkerung und durch die weitere industrielle Entwicklung steigenden Bedarf (nach Angaben der FAO bis 1960 jährlich um 2 1/2—3 1/2 % in Europa) decken zu können, wird neben der Intensivierung der Forstwirtschaft die Ödlandaufforstung noch stärker in Angriff genommen werden. Im großen und ganzen kann das umfassende Wiederaufforstungswerk im Bundesgebiet jetzt als abgeschlossen betrachtet werden, so daß der Wald im Bundesgebiet wieder im normalen Umfang seine Funktionen für das Allgemeinwohl erfüllen kann.

<sup>2)</sup> Nach C. Wiebecke rd. 500 000 ha; nach Mitteilung des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten über den Stand der aufforstungsfähigen Ödlandflächen am 1. 6. 52 rund 145 000 ha.

## Die österreichische Holzwirtschaft

Dr. Kurt Wessely, Linz

Österreich ist das einzige Land Mitteleuropas diesseits des „Eisernen Vorhanges“, das Holz exportieren kann. Bei dem europäischen Holzdefizit, das sich im vergangenen Jahr durch weiter ansteigende Konjunktur sowie durch den amerikanischen Holzarbeiterstreik noch verschärft hat und sich 1955 vermutlich weiter verschärfen wird, reagierten die Käuferländer daher empfindlich auf den österreichischen Entschluß, die Holzausfuhr gewissen Beschränkungen zu unterwerfen. Die Reaktionen resultierten in Schwierigkeiten bei den Handelsvertragsverhandlungen mit Westdeutschland und Italien, die zunächst nur provisorisch behoben werden konnten. Österreich wurde der Vorwurf gemacht, durch die Ausfuhrdrosselung verletze es den Geist der europäischen Zusammenarbeit, wie er in den Liberalisierungsbestimmungen seinen Ausdruck gefunden habe.

Das österreichische Holz hat also außer seiner inländischen Bedeutung auch europäisches Gewicht. Wenn sich auch die österreichische Holzausfuhr nicht mit jener der großen Exportländer messen kann, so führt eine Ausweitung österreichischer Ausfuhr in euro-

päische Absatzländer, die an sich die Domäne Skandinaviens sind, doch zu gewissen Verschiebungen in den Exporten anderer Länder. Österreich selbst muß allerdings seine Exportleistungen in erster Linie nach übergeordneten forstwirtschaftlichen Gesichtspunkten (Erhaltung der Holzsubstanz) ausrichten. Bei dem für die Holzwirtschaft geltenden langfristigen Wirtschaftsrhythmus, durch den für den Umtrieb mit Zeiträumen von hundert und mehr Jahren gerechnet werden muß, erscheint dabei größere Vorsicht am Platze als in anderen Wirtschaftszweigen, bei denen sich eventuelle Fehldispositionen rascher korrigieren lassen. Andererseits fehlt es vielfach an exakten Grundlagen, so daß selbst Sachverständige sich über die Höhe des zulässigen Hiebsatzes durchaus nicht einig sind. Einigermaßen Klarheit über diesen Punkt wird sich nicht erzielen lassen, bevor die zur Zeit vorgenommene großzügige Bestandsaufnahme der Waldflächen und des Holzvorrats abgeschlossen und veröffentlicht sein wird; denn im Augenblick gehen eigentlich alle Berechnungen auf die letzte vorliegende Erhebung aus dem Jahre 1935 zurück.